



# Bundesbank warnt vor neuer Stagnationsphase

Dirk Stein

**Die Deutsche Bundesbank zeichnet in ihrem Monatsbericht vom Mai 2026 ein Bild der deutschen Wirtschaft, das deutlich ernster ausfällt als die zuletzt robusten Konjunkturdaten vermuten ließen. Zwar legte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal noch um 0,3 Prozent zu. Doch die Notenbank sieht bereits wieder die Gefahr einer wirtschaftlichen Stagnation – ausgelöst durch steigende Energiepreise, geopolitische Risiken und zunehmende Investitionszurückhaltung.**

## Der Energieschock kehrt als Strukturproblem zurück

Auslöser der aktuellen Belastung ist erneut der Energiemarkt. Die Eskalation im Nahen Osten, die Blockade der Straße von Hormus und Schäden an Energieinfrastruktur treiben die Preise für Öl und Flüssiggas massiv nach oben. Der Brent-Preis liegt laut Bundesbank inzwischen bei rund 117 US-Dollar pro Barrel – fast doppelt so hoch wie zu Jahresbeginn.

Ökonomisch entscheidend ist dabei weniger der reine Energiepreis als dessen Breitenwirkung. Energie verteuert nicht nur Produktion und Transport. Sie verändert die gesamte Kostenstruktur der Volkswirtschaft. Unternehmen kalkulieren vorsichtiger, Investitionen werden verschoben, Konsumenten reagieren mit Kaufzurückhaltung.

Damit kehrt ein Mechanismus zurück, den Deutschland nach der ersten Energiekrise eigentlich überwunden glaubte:

Energie wird erneut zum dominanten Unsicherheitsfaktor für Preisbildung und Wachstum.

## Die Wirtschaft wächst – aber ohne Stabilität

Die Bundesbank widerspricht implizit der Hoffnung auf eine konjunkturelle Trendwende. Das Wachstum zu Jahresbeginn interpretiert sie nicht als Beginn einer neuen Dynamik, sondern eher als kurzfristige Stabilisierung vor einer erneuten Abschwächung.

Besonders problematisch ist die Gleichzeitigkeit mehrerer Belastungsfaktoren. Steigende Finanzierungskosten treffen auf sinkende Kaufkraft, während Unternehmen Investitionen zunehmend verschieben und die Kreditnachfrage schwach bleibt. Gleichzeitig erhöht die geopolitische Unsicherheit den Planungsdruck zusätzlich. Vor allem Industrie, Bauwirtschaft und konsumabhängige Dienstleistungen geraten dadurch erneut unter erheblichen wirtschaftlichen Druck.

Die deutsche Wirtschaft bewegt sich damit zunehmend in einem Zustand niedriger ökonomischer Elastizität: Schon moderate externe Schocks reichen aus, um Wachstum unmittelbar abzuwürgen.

## Inflation wird wieder zum Vertrauensproblem

Parallel steigt der Inflationsdruck erneut an. Mit 2,9 Prozent liegt die Teuerungsrate bereits wieder deutlich über dem Stabilitätsziel der Europäischen Zentralbank.

Entscheidend ist dabei nicht allein der kurzfristige Energieeffekt. Die Bundesbank warnt ausdrücklich vor Zweitrundeneffekten. Höhere Energie- und Transportkosten drohen zunehmend auf Lebensmittel, Industriegüter und Dienstleistungen überzugreifen.

Genau darin liegt die ordnungspolitische Spannung. Die Geldpolitik kann Energieengpässe nicht beseitigen, muss aber gleichzeitig verhindern, dass sich Inflationserwartungen dauerhaft verfestigen. Damit gerät die EZB erneut in einen Zielkonflikt: Zinssenkungen würden die Konjunktur stabilisieren, könnten aber gleichzeitig den Inflationsdruck verlängern.

Für Unternehmen bedeutet dieses Umfeld vor allem eines: sinkende Planungssicherheit. Investitionen werden dadurch nicht nur teurer, sondern strategisch riskanter.

## Kreditmärkte reagieren bereits defensiv

Die Folgen zeigen sich zunehmend im Finanzsystem. Trotz stabiler Geldmengen bleibt die Kreditvergabe schwach. Banken verschärfen ihre Standards, Unternehmen verschieben Investitionen, private Haushalte halten sich bei Immobilienfinanzierungen zurück.

Das ist mehr als eine normale Konjunkturreaktion. Kreditmärkte beginnen, geopolitische Risiken systematisch einzupreisen. Finanzierung wird damit wieder stärker zu einer Frage makroökonomischer Stabilität und weniger zu einer reinen Zinsfrage.

Gerade für Banken und Versicherer entsteht daraus ein schwieriges Umfeld: steigende Risiken bei gleichzeitig schwacher Wachstumsdynamik.

## Der eigentliche Druck entsteht im Sozialstaat

Besonders bemerkenswert ist die fiskalische Dimension des Bundesbank-Berichts. Die Notenbank erwartet für 2026 ein Staatsdefizit von rund vier Prozent der Wirtschaftsleistung. Gleichzeitig steigen die Sozialbeiträge weiter an. Bereits 2025 lagen sie bei 42,5 Prozent.

Damit verschiebt sich die Belastung der Wirtschaft zunehmend von der Energie- auf die Abgabenseite. Höhere Beiträge für Rente, Pflege und Gesundheit reduzieren langfristig Konsumspielräume, erhöhen Arbeitskosten und schwächen private Vermögensbildung.

Genau darin liegt das strukturelle Risiko: Deutschland reagiert auf wirtschaftliche Unsicherheit zunehmend mit höheren staatlichen Ausgaben und steigender Umverteilung – nicht mit wachstumsfördernden Investitionsanreizen.

Die Folge ist ein ökonomisches Umfeld, in dem Unternehmen vorsichtiger investieren, private Haushalte defensiver konsumieren und Kapital produktivere Standorte sucht.

## Deutschland rutscht in eine Phase ökonomischer Daueranspannung

Der Bundesbank-Bericht beschreibt letztlich keine klassische Rezession. Er beschreibt etwas ökonomisch Schwierigeres: eine Wirtschaft ohne echte Wachstumsdynamik, aber mit dauerhaft erhöhtem Kostendruck.

Genau diese Kombination verändert Erwartungen. Unternehmen investieren kurzfristiger, Verbraucher sparen vorsichtiger, Kreditgeber kalkulieren restriktiver. Wachstum verliert dadurch seine selbsttragende Wirkung.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Mai 2026, veröffentlicht am 21. Mai 2026.

Versicherungs- und Finanznachrichten

# expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950013/bundesbank-stagnation-energiekrise-inflation-deutschland-2026/>